

Ausgleich statt Spaltung,

Freie
Demokraten
2021
Ortsverband Pullach

das Gegenteil wird der Beschlussvorschlag der Bürgermeisterin, den der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause mehrheitlich angenommen hat, bewirken. Es wurde beschlossen: Das Bürgerbegehren gegen die Erweiterung der Chemiefabrik von United Initiators ist „unzulässig“. Diese Entscheidung ist rechtlich falsch und politisch unklug.

Rechtlich habe ich ein déjà-vu. 2017 gab es ein Bürgerbegehren gegen das kommunale Wohnbauprojekt in der Heilmannstraße. Die Argumente aus dem Rathaus waren die gleichen: Angebliche Fehlinformationen durch die Initiatoren, der Antrag zu unbestimmt. Die gleiche Kanzlei wie jetzt kam zu der Erkenntnis: Das Bürgerbegehren sei unzulässig.

Ich war damals gegen das Ziel des Bürgerbegehrens, aber jedem Juristen mit offenen Augen musste klar sein, dass das Begehren der Bürger zulässig war. Dem hat sich damals auch die Bürgermeisterin nicht verschlossen und mit mir gegen ihren eigenen Beschlussvorschlag und gegen ihre eigene Partei gestimmt. Die Mehrheit hat trotzdem beschlossen: Das Begehren sei unzulässig. In der Folge hat sich die Gemeinde eine ordentliche Klatsche vor Gericht gefangen. Der Bürgerentscheid wurde durchgeführt. Das Bürgerbegehren ist gescheitert. Das Haus wurde gebaut.

Auch wenn Entscheidungen von Gerichten oft schwer vorherzusehen, ich prophezeie der Gemeinde eine zweite Klatsche vor Gericht. Man muss nur die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichts München aus dem Jahr 2017 noch einmal lesen. So leicht kann man ein Bürgerbegehren als Gemeinde nicht vom Tisch wischen.

Die FDP-Fraktion teilt die Ziele des jetzigen Bürgerbegehrens nicht, jedenfalls nicht vollständig. Produzierende Industrie muss auch in Deutschland noch möglich sein. Mein Kollege Michael Reich kann zu den Plänen von United Initiators vollständig „Ja“ sagen. Ich kann es mit einer Einschränkung: Eine Hochstufung des Bereichs zwischen dem bisherigen Produktionsgelände und der Alten Wolftrathäuser Straße vom Gewerbegebiet zum Industriegebiet kommt nicht in

Frage. Das rückt zu nah an die Wohnbebauung auf der anderen Straßenseite heran.

Womit wir nicht einverstanden sind, ist die Art und Weise, wie in der Sache mit den Bürgern umgegangen wird. Die FDP verfolgt einen Ansatz, die dem Bürger auf Augenhöhe begegnet und ihn nicht als lästiges Hindernis behandelt. Der Gemeinderat ist den Bürgern verantwortlich. Die Bürger müssen das, was ein Gemeinderat entscheidet, nicht einfach hinnehmen. Das haben wir in dieser Sache hinter verschlossenen Türen und öffentlich mehr als einmal und mehr als deutlich gemacht.

Leider wurde unser Ansinnen, das Verfahren erst einmal zu unterbrechen und die Bürger mitzunehmen, abgelehnt. Am Freitag nach der Gemeinderatssitzung hatte das Bürgerbegehren die erforderlichen Unterschriften zusammen. Das Gegenteil einer Beschleunigung des Verfahrens wurde erreicht. Jetzt wurde das Bürgerbegehren für „unzulässig“ erklärt. Ein Gericht wird das nicht bestätigen. Der Bürgerentscheid wird durchgeführt werden, déjà-vu.

Ein Ergebnis steht fest: Die Spaltung im Ort wird zunehmen. Die Stimmung wird schlechter werden. Das gegenseitige Verständnis wird schwinden. Welchen befriedenden Effekt Bürger- und Volksentscheide haben können, hat der Volksentscheid zum Rauchverbot in Kneipen gezeigt. Dem voraus ging eine jahrelange aufgeregte politische Debatte, die im Kern nicht vorangekommen ist. Nach dem Volksentscheid kam das Rauchverbot. Jeder Raucher, der nicht zur Abstimmung gegangen war, war selbst schuldig. Seitdem ist die Sache kein Thema mehr. So könnte es auch bei dem Erweiterungsvorhaben von United Initiators sein.

Ich prophezeie auch: Je verbissener die Gemeinde versucht, gemeinsam mit dem Bauwerber das Vorhaben durchzudrücken, um so mehr steigen die Chancen der Initiatoren des Bürgerbegehrens, den Bürgerentscheid zu gewinnen. Inhaltlich entspricht das nicht dem Interesse der FDP-Fraktion.

Dr. Alexander Betz, Gemeinderat